

## **Offener Brief und Aufruf zur Verlängerung der Mietpreisbremse**

**6.12.2024**

Nicht nur in den Ballungszentren sind die Menschen seit Jahren mit stark steigenden Mieten konfrontiert. Inzwischen sind zweistellige Steigerungsraten der Angebotsmieten keine Seltenheit mehr. Der wenige Neubau vermag diese Lücke nicht zu schließen. Bezahlbarer Wohnraum fehlt und seit über 20 Jahren sinkt der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland beständig. Vor diesem Hintergrund brauchen wir einen robusten Schutz von Mieterinnen und Mietern beim Neuabschluss von Mietverträgen vor überzogenen Mietforderungen. Tatsächlich hat die seit knapp 10 Jahren geltende Mietpreisbremse diese Funktion nach zahlreichen Nachbesserungen allmählich übernehmen können. In ihren ersten Jahren gab es wegen Fehlern des Gesetzes und öffentlich geäußelter verfassungsrechtlicher Bedenken nur eine schleppende Anwendung. Hinzu kam, dass in zahlreichen Bundesländern die Verordnungen, die die Mietpreisbremse in Kraft setzen sollten, einer gerichtlichen Überprüfung zunächst nicht standhielten – so in Hamburg, Bayern, Hessen u.a.

**Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Mietpreisbremse in Fortführung seiner langjährigen Rechtsprechung zu Artikel 14 GG. Dies war aber weder eine „Ausreißer-Entscheidung“ noch hat das Gericht die Mietpreisbremse gerade noch für verfassungsgemäß erachtet.**

Mehrere Reformen haben die Mietpreisbremse zudem insgesamt effektiver gemacht. Mittlerweile ist sie in angespannten Wohnungsmärkten ein alternativloses und unverzichtbares Instrument zur Begrenzung des akuten Anstiegs der Neuvertragsmieten.

Allerdings gilt diese Mietpreisbremse bisher nur für fünf Jahre und muss vom Parlament verlängert werden. Anderenfalls läuft sie zum 31.12.2025 aus. Die Ampelkoalition hatte sich zwar auf eine Verlängerung um weitere drei Jahre verständigt. Aber durch das Ende der Koalition am 06.11.2024 kann dies nun nicht mehr umgesetzt werden.

Wir appellieren daher an die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag, einen ungehemmten Mietanstieg zu verhindern und die Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre zu verlängern.

*Für Rückfragen steht Ihnen Julia Schula unter [info@netzwerk-mieten-wohnen.de](mailto:info@netzwerk-mieten-wohnen.de) vom Netzwerk Mieten und Wohnen e.V. zur Verfügung*

### **Kontakt**

Netzwerk Mieten & Wohnen  
c/o Mieter helfen Mietern  
Bartelsstraße 30  
20357 Hamburg

### **mehr Infos**

[www.netzwerk-mieten-wohnen.de](http://www.netzwerk-mieten-wohnen.de)  
[info@netzwerk-mieten-wohnen.de](mailto:info@netzwerk-mieten-wohnen.de)  
Tel.: +49172 891 0451

**Der offene Brief wird unterstützt von:**



AWO Bundesverband e.V.



Berliner Mieterverein e.V.



Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e. V.



Deutscher Paritätischer  
Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.



Deutscher Gewerkschaftsbund -  
Bundesvorstand



Deutscher Gewerkschaftsbund - Bezirk  
Berlin-Brandenburg



Deutscher Mieterbund e. V.



Neue Richtervereinigung



Republikanischer Anwältinnen- und  
Anwälteverein e.V.



ver.di - Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft  
Bundesvorstand